

# rathaus · korrespondenz

Chef vom Dienst: 42 800/2971 (Durchwahl)  
von 7.30 bis 19.30 Uhr, Sa. 10 bis 17 Uhr,  
So. 12 bis 17 Uhr, übrige Zeit: Tonband



*gegründet 1861*

Freitag, 22. November 1985

Blatt 2966

Heute in der "RATHAUSKORRESPONDENZ":

Kommunal: Schule damals - Schule heute  
(rosa) Bei Schneefall: Halteverbote in Schienenstraßen als  
Versuch  
Bürgermeister eröffnet Samstag Fußgängerzone Mülkersteig  
Verfassungsgerichtshof hob Finanzausgleich auf  
Wiener Landtag  
Wiener Gemeinderat

Lokal: Polio: Alarmierend geringe Impfbeteiligung  
(orange) Weihnachtliches im Bezirksmuseum Simmering  
Kino im Donauzentrum nicht kostendeckend

Wirtschaft: Zilk: Reiche Ausbeute beim Besuch in Moskau  
(blau)

Nur  
über FS: 21.11. Großbrand in Kartonagenfabrik

Polio: Alarmierend geringe Impfbeteiligung

Utl.: Bisher nur 5.000 Impfungen

1 =Wien, 22.11. (RK-LOKAL) Die Wiener Bevölkerung ist offensichtlich "impfmüde" geworden. So melden die Gesundheitsbehörden, die seit Jahren bisher geringste Frequenz an der alljährlich durchgeführten Impfkation gegen Kinderlähmung. Seit 11. November beteiligten sich in den Gesundheitsämtern nur insgesamt 5.330 Personen an dieser Schutzimpfung. Im Vergleich dazu: Im Vorjahr waren es im gleichen Zeitraum 17.214 und 1983 rund 30.000.+++

In Wien ist diese Impfung, im Gegensatz zu anderen Bundesländern, nicht nur für Kinder und Jugendliche, sondern auch für Erwachsene kostenlos.

Zwtl.: Kommende Woche "Nachzüglertermine"

Aufgrund dieser alarmierenden Meldung hat Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. Alois STACHER daher angeordnet, die zu Ende gehende Impfkation in der kommenden Woche fortzusetzen. So gibt es noch zwei "Nachzüglertermine", und zwar: kommenden Dienstag, den 26. November und kommenden Freitag, den 29. November, von 9 bis 11 Uhr in sämtlichen Bezirksgesundheitsämtern. Der Gesundheitsstadtrat hofft, daß das Interesse in den nächsten Tagen noch steigen wird und appelliert an die Wienerinnen und Wiener, die Chance dieser kostenlosen Impfung zu nützen. (Schluß) zi/gg

NNNN

Weihnachtliches im Bezirksmuseum Simmering

2 =Wien, 22.11. (RK-LOKAL) "Weihnachtliches" gibt es ab kommenden Sonntag, den 24. November, im Bezirksmuseum Simmering am Enkplatz 2. Gemeinderat Otmar BRIX wird um 10 Uhr eine Weihnachtsausstellung eröffnen, in der weihnachtliche Exponate gezeigt werden, die von Kindern aus Simmeringer Kindergärten und Schulen, Besuchern von Simmeringer Pensionistenklubs und Bewohnern des Pensionistenheimes Haidehof hergestellt wurden. Die Ausstellung ist bis 5. Jänner 1986 jeweils Freitag von 9 bis 12 Uhr und 15 bis 18 Uhr, sowie Sonntag von 9 bis 12 Uhr geöffnet.++++

Anläßlich der Eröffnung werden Johannes LENIUS und sein Jugendlandensemble singen, Sinaida RUPPERT, Sonja RUPPERT und Christine SCHLOSSER spielen auf der Blockflöte und Alfred ZOPPELT liest eigene Gedichte. (Schluß) zi/rr

NNNN

Schule damals - Schule heute

Utl.: Ausstellung zum 50. Todestag Otto Glöckels

3 =Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Die Ausstellung "Schule damals - Schule heute", die bis 7. Jänner 1986 in der Arbeiterkammer Wien gezeigt wird, eröffneten Freitag Familienstadtrat Ingrid SMEJKAL und der amtsführende Präsident des Wiener Stadtschulrates Prof. Hans MATZENAUER.++++

Die Ausstellung "Schule damals - Schule heute" stellt die von Otto Glöckel eingeleitete Schulreform der Ersten Republik in ihren Grundzügen dar und zeigt deren Tradition bis hin zur Schule der Gegenwart. Neben Schaustücken aus dem Schulalltag der Vergangenheit beschäftigt sich die Schau mit dem Wiener Schulwesen im allgemeinen und zeigt ausgewählte Ergebnisse der Schulaktivitäten zum Glöckeljahr 1985. Ergänzt wird die Ausstellung durch ein umfangreiches Rahmenprogramm.

"Schule damals - Schule heute"

Arbeiterkammer Wien, 4., Prinz-Eugen-Straße 20-22

vom 22. November 1985 bis 7. Jänner 1986

Montag, Mittwoch, Freitag von 9 bis 12 Uhr

Dienstag und Donnerstag von 9 bis 18 Uhr.

(Schluß) je/bs

NNNN

Bei Schneefall: Halteverbot in Schienenstraßen als Versuch (1)  
Utl.: Nächtliches Parkverbot bleibt vorläufig

4 =Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Das nächtliche Schienenstraßen-Parkverbot bleibt auch im kommenden Winter bestehen, weil die maschinelle Schneeräumung vor Betriebsbeginn der Straßenbahn gesichert sein muß. Wie Bautenstadtrat Roman RAUTNER der "RATHAUSKORRESPONDENZ" mitteilte, wird aber in diesem Winter der Versuch unternommen, zu einer besseren Lösung zu kommen. Diese Lösung wäre ein Halteverbot nur bei Schneefall in jenen Schienenstraßen-Abschnitten, wo die Schneeräumung auf keinen Fall durch parkende Fahrzeuge behindert werden darf. Die Teststrecke für den Winter 1985/86 ist der Verlauf der Straßenbahnlinie "41" vom Ring bis nach Pötzleinsdorf. Diese Strecke wird zum Teil auch von anderen Straßenbahnlinien befahren.++++

Das nächtliche Schienenstraßen-Parkverbot gilt in jedem Winter vom 15. Dezember bis 31. März in der Zeit von 20 Uhr bis 5 Uhr. Es wurde 1980 eingeführt. Vorher war das Parken in Schienenstraßen in der gleichen Jahreszeit ganztägig verboten. Das Parkverbot wird durch "Rundumbeschilderung" auf allen nach Wien führenden Straßen an der Stadtgrenze kundgemacht.

Wie Stadtrat Rautner feststellte, war und ist diese Lösung nicht befriedigend, da in Wien nur an relativ wenigen Tagen Schnee fällt und dieser Schnee auch relativ schnell beseitigt werden kann. In der "trockenen" Zeit gehen aber wertvolle Parkflächen verloren. Wenn allerdings Schnee fällt, dann muß die Schneeräumung in Schienenstraßen garantiert sein, um den öffentlichen Verkehr nicht zu behindern. Wobei ja zu berücksichtigen ist, daß bei Schneefall auch viele Autofahrer auf die Straßenbahn umsteigen. (Forts.) sc/rr

NNNN

Bei Schneefall: Halteverbote in Schienenstraßen als Versuch (2)

5      Wien, 20.11. (RK-KOMMUNAL) Eine mögliche Lösung des Problems wäre nun, in allen für die Schneeräumung kritischen Schienenstraßen-Abschnitten ein Halteverbot zu verhängen, das allerdings nur bei Schneefall in Kraft tritt. Der Versuch entlang der Straßenbahnlinie "41" soll nun zeigen, ob diese Lösung auch in der Praxis funktioniert. Ist das Ergebnis positiv, soll das neue winterliche "Halteverbot bei Schneefall" auf alle jene Abschnitt von Schienenstraßen ausgedehnt werden, wo eine unbehinderte Schneeräumung unbedingt erforderlich ist. Das allgemein geltende winterliche Schienenstraßen-Parkverbot könnte dann aufgehoben werden.

Die Kennzeichnung des Schienenstraßen-Halteverbots entlang der Linie "41" (Währinger Straße im 9. und im 18. Bezirk, Gentzgasse, Gersthofer Straße, Pötzleinsdorfer Straße) erfolgt durch das Verkehrszeichen "Halten und Parken verboten" und mit einer Zusatztafel, die darauf hinweist, daß das Verbot zwischen 20 Uhr und 5 Uhr nur bei Schneefall gilt und, daß das Schienenparkverbot hier nicht in Kraft ist. Auch Anfang und Ende der Verbotszone werden

NNNN

## Kino im Donauzentrum nicht kostendeckend

6 Wien, 22.11. (RK-LOKAL/WIRTSCHAFT) Ein Kino-Center im Donauzentrum wäre nicht kostendeckend zu führen, daher hat es nie den Plan gegeben, im Erweiterungsbau des Donauzentrums, der derzeit errichtet wird, ein Kino-Center unterzubringen. Das erklärte der Geschäftsführer der EKAZENT Ing. Willibald REPITZ in einer Pressekonferenz.

Mit einer Erweiterung der Verkaufsfläche um rund 10.000 Quadratmeter kann die Attraktivität des Donauzentrums weiter erhöht werden. Die Wagramer Straße wird durch eine gedeckte Brücke zwischen dem derzeitigen Donauzentrum und dem Erweiterungsbau überspannt, auf der kleinere Geschäfte untergebracht werden. Die Fußgängerbrücke ist selbstverständlich "kinderwagen- und behindertengerecht".

Die zusätzlichen Verkaufsflächen sind bereits vermietet.  
(Schluß) wh/rr

NNNN

Bürgermeister eröffnet Samstag Fußgängerzone Mülkersteig  
13 =Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK  
eröffnet Samstag um 15 Uhr die kleine Fußgängerzone beim Mülkersteig  
im 1. Bezirk. Die Kosten dieser in sechswöchiger Bauzeit errichteten  
Erweiterung des Fußgängerbereichs, für die Neugestaltung und die  
"Möblierung" betragen rund 1,8 Millionen Schilling.+++

Als Oberflächenmaterial für die kleine Fußgängerzone wurden  
alte Granitwürfelsteine verwendet. Gegenüber der Fahrbahn der  
Schottengasse wurde der Platz mit Pollern und Eisenketten abgegrenzt.  
Es wurden fünf Bäume gepflanzt, ein "Walfischbrunnen" errichtet  
sowie drei Altstadtkandelaber und vier Sitzbänke aufgestellt. Im  
Sommer wird ein Restaurant einen Schanigarten einrichten. (Schluß)  
sc/gg

NNNN

Wiener Landtag

Utl.: Fragestunde

7 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Die Sitzung des Wiener Landtages begann mit einer Fragestunde.

Auf die ERSTE ANFRAGE von LAbg. Dr. HIRNSCHALL (FPö), welche Verhandlungen vor der Bekanntgabe der Pläne des Landes Wien zur Durchführung der Weltausstellung 1992 mit den Bundesdienststellen geführt worden seien, erklärte Landeshauptmann Dr. ZILK, man habe sowohl den Finanzminister als auch Vertreter der Wirtschaft von der Absicht informiert. Er habe auf die Möglichkeiten, die sich durch diese Initiative für die Wirtschaft Wiens und der gesamten Ostregion Österreichs ergeben, hingewiesen und fasse die Bewerbung zur Weltausstellung als einen massiven Beitrag zur Verbesserung der Infrastruktur auf. Am Anfang jeder Initiative stehe eine Idee, betonte Zilk, die Frage der Kosten beziehungsweise Kostenaufteilung werde der zweite Schritt sein. Er sei auf prinzipielles Interesse gestoßen, halte jedoch die Diskussion über eine Standortfrage für verfrüht.

Die Forderungen und Änderungswünsche Wiens wurden in der Regierungsvorlage einer Novelle zum Bundesstraßengesetz in wesentlichen Bereichen berücksichtigt, beantwortete Landeshauptmann Dr. ZILK die ZWEITE ANFRAGE von LAbg. Mag. Dipl.-Ing. REGLER (öVP). Bezüglich der Umweltschutzmaßnahmen im Rahmen des Bundesstraßengesetzes werde man bei der Sitzung des Unterausschusses Anfang Dezember die gewünschten Bestimmungen urgieren. Auch in bezug auf die Verkehrsabwicklung in verschiedenen Ebenen werde er beim Bautenminister dafür eintreten, daß die entsprechenden Formulierungen in die Novelle aufgenommen werden. (Forts.) je/gg

NNNN

Wiener Landtag (2)

Utl.: Fragestunde

8 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die DRITTE ANFRAGE von LABg. Dipl.-Ing. Dr. PAWKOWICZ (FPö) nach dem Stand der Verhandlungen mit den öBB hinsichtlich der Errichtung eines Zentralbahnhofes in Wien, sagte Landeshauptmann Dr. ZILK, daß konkrete Gespräche erst nach dem Abschluß der von den öBB in Auftrag gegebenen Untersuchungen bezüglich zukünftiger Investitionen geführt werden könnten. Für den Zentralbahnhof würden sich die Bereiche Süd-Ost-Bahnhof, Matzleinsdorfer Frachtenbahnhof und Nordbahnhof anbieten, wobei es bei Fachleuten eine Präferenz für die letzte Lösung gebe.

Auf die VIERTE ANFRAGE von LABg. Ing. RIEDLER (SPö), welche Überlegungen zum Thema der Parkraumgewinnung über die Fragen der Finanzierung hinaus zur Diskussion stehen, sagte StR. Ing. HOFMANN (SPö), daß ein ganzes Bündel von Maßnahmen geprüft werde, darunter eine Änderung des Schlüssels für Abstellplätze in geförderten Wohnbauten von 2 zu 3 und 1 zu 1 und die Errichtung einer Mustersammelgarage durch den Stadterneuerungsfonds. Darüber hinaus sei die Notwendigkeit zu verbesserter Verkehrsorganisation und schärferer Kontrolle des ruhenden Verkehrs gegeben. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Landtag (3)

Utl.: Fragestunde

9 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) LABg. ARTHOLD (ÖVP) erkundigte sich in der FÜNFTEN ANFRAGE, wie sich die negative Stellungnahme Wiens zum Entwurf der Luftreinhalteverordnung für Kesselanlagen mit den berechtigten Umweltschutzinteressen vereinbaren lasse. StR. BRAUN (SPö) antwortete, daß sich Wien vor allem gegen einzelne Formulierungen wendet. So sei es beispielsweise sinnvoll, daß über die Bestimmung der Verbrennungstemperatur Verhandlungen stattgefunden haben, weil sich giftige Rückstände durch andere Maßnahmen als hohe Verbrennungstemperaturen bewältigen lassen. Hinsichtlich der laufenden Maßnahmen zur Luftreinhaltung in Wien im Hinblick auf das neue Gesetz gebe es Gespräche mit dem Bautenministerium, bevor der endgültige Entwurf formuliert wird. Zusammenfassend sagte Braun, Wien lehne das Gesetz nicht grundsätzlich ab, sondern wolle nur die Änderung einzelner Formulierungen.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von LABg. ROSENBERGER (SPö), wie die ordnungsgemäße Abrechnung der Landes- und Gemeindeabgaben sichergestellt werde, antwortete Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPö), daß die Revisionsstelle der MA 4 im vergangenen Jahr mehr als 49.000 Revisionen durchgeführt hat. Dabei wurden Abgabenrückstände von knapp 124 Millionen Schilling festgestellt, während zu viel einbezahlte Beträge in Höhe von knapp 1,4 Millionen erkannt und zurückgezahlt wurden. Die Revisionen finden im allgemeinen dreijährlich statt, richten sich jedoch nach der jeweiligen Branche: so werden Automaten häufiger kontrolliert. (Forts.) and/rr

NNNN

## Wiener Landtag (4)

Utl.: Fragestunde

10 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die SIEBENTE ANFRAGE von Labg. FREINBERGER (SPö) antwortete Landeshauptmannstellvertreter MAYR, daß eine Novelle zum Wasserversorgungsgesetz 1960 in Vorbereitung sei, die auch Kleinabnehmern keine finanziellen Nachteile bei der Bemessung der Anschlußabgabe bringen werde. Trotz geänderter Rohrdimensionen werden Kleinabnehmer damit wieder die niedrigste Anschlußabgabe zu zahlen haben. Wo das bisher nicht der Fall war, wird es zu Rückzahlungen der Differenz kommen.

Auf die ACHTE ANFRAGE von Labg. Dr. HAWLIK (öVP), wann die Verordnung betreffend die Festlegung von Immissionsgrenzwerten im Rahmen des Wiener Luftreinhaltegesetzes erlassen würde, antwortete StR. BRAUN (SPö), daß der Entwurf fertig sei und im Jänner oder Februar in der Landesregierung vorliegen werde. Als Grenzwerte werden jene der österreichischen Akademie der Wissenschaften gelten. Als Grundlage für den Smogalarmplan dienen derzeit die Richtwerte des deutschen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen, die als die strengsten gelten. Das Wiener Meßsystem gilt als das effizienteste Österreichs, sagte Braun. Derzeit gibt es 15 Meßstellen, die zur Hälfte automatisiert sind, im kommenden Jahr soll eine Vollautomatisierung erreicht werden. (Forts.) roh/bs

## Wiener Landtag (5)

Utl.: Fragestunde

11 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Labg. LACINA (SPö) richtete an Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR (SPö) die NEUNTE ANFRAGE, ob es für behinderte Personen, die ihr Kraftfahrzeug in Kurzparkzonen abstellen, Erleichterungen gibt. Mayr führte aus, daß nach dem Wiener Parkometergesetz jene behinderten Personen, die von der Kfz-Steuer befreit sind, auch von der Kurzparkzonenabgabe befreit sind. Welche Regelungen bei einer möglichen Einführung von "grünen Zonen" getroffen werden, könne erst später diskutiert werden.

Labg. SCHMIDTMEIER (SPö) erkundigte sich in der ZEHNTEN ANFRAGE, wie sich die geänderten Besteuerungsgrundlagen der Gewerbesteuer und der Lohnsummensteuer auf die Einnahmen der Stadt Wien ausgewirkt haben. Landeshauptmann-Stellvertreter MAYR erklärte, daß die Einnahmen des Landes Wien im Zeitraum Jänner bis August 1985 verglichen mit den gleichen Monaten des Vorjahres um 11,7 Prozent und die Einnahmen aus der Lohnsummensteuer um 4,3 Prozent gestiegen seien. (Forts.) lei/rr

Wiener Landtag (6)

Utl.: Fragestunde

12 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die ELFTE ANFRAGE von LAbg. Ing. ENGELMAYER (ÖVP) nach dem Sonderabfallbeseitigungskonzept, vor allem hinsichtlich der Einrichtung von Sonderabfalldeponien, das Bundesminister Dr. Steyrer erstellen solle, sagte StR. BRAUN (SPÖ), daß entsprechende Gespräche im Gange seien, wobei die Stadt Wien ihre Erfahrungen auf diesem Gebiet eingebracht habe. Es sei allerdings bisher nicht gelungen, eine gemeinsame Akzeptanz aller Bundesländer in diesem Problembereich zu erreichen, weshalb auch noch kein Konzept vorliege. (Forts.) gab/bs

NNNN

Wiener Landtag (7)

Utl.: Novelle zum Kleingartengesetz

14 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) StR. Ing. HOFMANN (SPö) beantragte eine Novellierung des Wiener Kleingartengesetzes.

LABg. GLÜCK (ÖVP) verwies darauf, daß drei Viertel der Kleingartenflächen auf städtischen Grundstücken als Kleingärten gewidmet sind, mehr als 2.000 liegen jedoch auf Grundstücken mit Widmung als Wald- und Wiesengürtel oder Park. Die Durchsetzung der Widmung würde außergewöhnliche Härten bedeuten. Glück erklärte, die geltenden Bestimmungen würden umfangreiche Änderungen auch in vielen bestehenden Anlagen notwendig machen. Gemeinsam mit der SPö brachte dann die ÖVP einen ABÄNDERUNGSANTRAG ein, wonach auch die Bezirksvertretungen im Zusammenhang mit Fragen der Aufschließung oder Änderung von Kleingartenanlagen einbezogen werden sollen. Glück merkte an, daß für Kleingartenanlagen noch immer keine Baumschutzbestimmungen ähnlich dem Wiener Baumschutzgesetz bestehen. In einem WEITEREN ANTRAG verlangt die ÖVP eine Aufstockung des Kleingartenbeirates.

LABg. Ing. SVOBODA (SPö) erläuterte, daß die nun vorliegende Novelle auf einen SPö-Antrag zurückgeht. Die heutige Novelle sei in positivem Klima entstanden. Die Kleingärtner haben Aufgaben im Rahmen der Grüngestaltung der Stadt. Mit dem neuen Gesetz könne nun besser auf die örtlichen Gegebenheiten der jeweiligen Kleingartenanlage eingegangen werden, das strenge Korsett der ursprünglichen Fassung werde gelockert. Die Widmung solle nicht von oben oktroyiert werden, sondern auf Grund eines Gestaltungskonzepts aus den Vereinen selber kommen. StR. HOFMANN habe die Stadtgestaltungsabteilung beauftragt, ein Handbuch für Gestaltung, Anlage des Grüns und Bebauung auszuarbeiten, das im Jänner vorliegen werde. Zu der von LABg. Glück urgierten Gartenordnung erklärte Svoboda, die Vereine sollten sich vorerst selbst darüber klar werden und dann mit der Stadtverwaltung die Ziele für eine Änderung festlegen.

In einem ZUSATZANTRAG, den Svoboda gemeinsam mit der ÖVP stellte, werden entsprechende Baumschutz-Bestimmungen als Ergänzung zum Kleingartengesetz eingebracht. (Forts.) and/bs

Wiener Landtag (8)

Utl.: Novelle zum Kleingartengesetz

15 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) LAbg. Dr. HAWLIK (öVP) verwies darauf, daß StR. VELETA 1983 im Rahmen der "Aktion 2000" angekündigt hatte, es werde pro Jahr 400 neue Kleingärten geben, 1983 und 1984 dies aber nicht der Fall gewesen sei. Erst 1985 seien, allerdings weit unter dem angekündigten Ausmaß, erste Kleingärten vergeben worden, obwohl bereits von zahlreichen Bewerbern Mitgliedsbeiträge eingehoben worden seien. Hawlik forderte, wenigstens jetzt das Programm rasch in Angriff zu nehmen.

LABg. VEJTISEK (SPö) drückte seine Freude darüber aus, daß nach harten Verhandlungen das Gesetz nun einstimmig beschlossen werden könne. Seinem Vorredner entgegnete er, daß seit 1983 einschließlich bestehender Kleingärten bereits rund 1.000 Parzellen vergeben wurden.

Zur vorliegenden Novelle sagte Vejtisek, daß die wichtigsten Vorteile darin lägen, daß nun kein direkter Anschluß ans öffentliche Straßennetz mehr erforderlich sei, daß weiters durch die Reduzierung der Breite der Anschlußwege auf drei Meter keine Grünraumverschwendung und keine Eingriffe in bestehende Anlagen mehr erfolgten und mit differenzierten Bebauungsvorschriften die Umwidmung erhaltungswürdiger Anlagen ermöglicht werde.

StR. HOFMANN kündigte in seinem Schlußwort für die kommende Gemeinderatssitzung Anträge auf Ankauf von Flächen für die Schaffung neuer Kleingärten an und forderte die öVP im Sinne ihrer heutigen Aussagen zur Unterstützung dieser Anträge auf.

ABSTIMMUNG: Der SPö-öVP-Abänderungsantrag wurde einstimmig angenommen, der öVP-Abänderungsantrag mit Stimmenmehrheit abgelehnt, der gemeinsame Zusatzantrag einstimmig angenommen. Das Gesetz wurde in erster und zweiter Lesung einstimmig beschlossen.

Die Landtagssitzung endete um 11.10 Uhr. (Forts.) roh/rr

Wiener Gemeinderat (1)

Utl.: Fragestunde

16 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Im Anschluß an die Sitzung des Landtages trat der Gemeinderat zu einer Sitzung zusammen, die mit einer Fragestunde eingeleitet wurde.

GR. Dr. HAWLIK (ÖVP) stellte die ERSTE ANFRAGE über die Ergebnisse des Probetriebes der Müllverbrennungsanlage Flötzersteig. Umweltstadtrat BRAUN erklärte, daß nach einer dreizehnmönatigen Bauzeit der Probetrieb der Rauchgaswaschanlage erfolgte. Exakte Messungen sowie eine Analyse der Abgase werden während des Leistungsnachweises erfolgen. Dies sollte ursprünglich im Februar 1986 sein, wird wegen des klaglosen Funktionierens nun aber schon im Dezember 1985 erfolgen.

GR. Dipl.-Ing. PAWKOWICZ (FPÖ) richtete die ZWEITE ANFRAGE an Stadtrat BRAUN. Sie betraf die Vorschläge, den mit einer Grünwidmung versehenen Donaupark wegen der Errichtung von Messehallen in Bauland umzuwidmen. Braun erklärte, daß vor einer möglichen Umwidmung ausführliche Diskussionen notwendig seien. Auf eine ZUSATZFRAGE, ob es ständige Überprüfungen des Donauparks gebe, weil dieser auf einer Mülldeponie angelegt wurde, sagte Braun, daß entsprechende Messungen seit 20 Jahren durchgeführt werden. Bisher wurden erfreulicherweise keine Schadstoffaustritte registriert.

Die DRITTE ANFRAGE wurde zurückgezogen.

In der VIERTEN ANFRAGE erkundigte sich GR. Mag. ZIMA (SPÖ) über den derzeitigen Stand der Psychiatriereform. Gesundheitsstadtrat Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPÖ) erklärte, daß der im Jahr 1979 beschlossene Zielplan für die Psychiatriereform voll erfüllt werden konnte. Die Zahl der Patienten konnte fast um die Hälfte reduziert und auch die Verweildauer wesentlich verkürzt werden. Vor allem habe sich der Sozialpsychiatrische Notdienst bewährt. Auf eine ZUSATZFRAGE erklärte STACHER, daß für das Psychiatrische Krankenhaus Ybbs Strukturveränderungen vorgesehen sind. Dort soll schon in nächster Zeit ein Zentrum für Schwerstbehinderte eingerichtet werden.  
(Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (2)

Utl.: Fragestunde

17 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die FÜNFTE ANFRAGE von GR. Dr. Marilies FLEMMING (öVP), ob in allen Wiener städtischen Spitälern Internisten, Anästhesisten und Neurologen zur notwendigen Betreuung der Patienten zur Verfügung stehen, sagte StR. Univ.-Prof. Dr. STACHER (SPö), daß dies entweder durch jeweils anstaltseigene Ärzte oder durch Vereinbarungen zwischen den Spitälern gegeben ist.

Auf die SECHSTE ANFRAGE von GR. HUFNAGL (SPö), wie er zur Verminderung des Schilderwaldes stehe, sagte StR. RAUTNER (SPö), daß die Anbringung von Schildern generell restriktiv gehandhabt werde, daß sich jedoch zwangsläufig aufgrund verschiedener verkehrstechnischer Maßnahmen die Installierung von Verkehrsschildern ergebe.

Auf die SIEBENTE ANFRAGE von GR. Ing. KREINER (öVP), ob er zusagen könne, daß die Wiener E-Werke wie die NEWAG in nächster Zeit ebenfalls keinen Antrag auf Strompreiserhöhung stellen werden, sagte StR. HATZL (SPö), daß er dies analog zu den Aussagen der Newag tun könne.

Auf die ACHTE ANFRAGE von GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), welche Kosten sich aus der von ihm beabsichtigten Schleifung der Messehallen ergeben werden, sagte Vizebürgermeister MAYR (SPö), er habe nicht die Absicht, die Messehallen schleifen zu lassen. Sollte sich durch die Ausrichtung einer Weltausstellung in Wien die Errichtung eines neuen Messezentrums ergeben, so würde er eine Nutzung der bestehenden Messehallen für ein Vergnügungszentrum gehobener Art anstreben. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (3)

Utl.: Fragestunde

18 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die NEUNTE ANFRAGE von GR. Ing. SVOBODA (SPÖ), welche Maßnahmen vom angekündigten Umweltprogramm der E-Werke bereits in Angriff genommen wurden, antwortete StR. HATZL (SPÖ), daß im Kraftwerk Simmering die Gasturbinenanlagen im Block 1 und 2 umgebaut werden. Die neuen Brenner mit besonders geringer Stickoxydbildung sind schon bestellt, der Umbau beginnt 1986. Beim Block 6 werden entsprechende Möglichkeiten untersucht. Im Kraftwerk Donaustadt läuft der Probetrieb beim Block 2 mit neuem stickoxydarmen Brenner. Wenn er zufriedenstellend ausfällt, werden im nächsten Jahr die Arbeiten in Block 1 durchgeführt. Im Kraftwerk Leopoldau wird ein spezieller stickstoffarmer Brenner eingebaut und eine Kraft-Wärme-Kupplung installiert. Die Wiener Kraftwerke entsprechen auch als bestehende Anlagen internationalen Umweltschutzansprüchen, sagte Hatzl.

Auf die ZEHNTE ANFRAGE von GR. STEINBACH (SPÖ), ob es richtig sei, daß die Wiener Stadtwerke erhöhte Teilbeträge bei Strom und Gas vorschreiben, antwortete StR. HATZL mit NEIN. Die von der ÖVP kolportierten Angaben in dieser Richtung entsprächen nicht der Tatsache. Die Stromteilbeträge orientieren sich NICHT an dem letzten, besonders strengen Winter, und die Erhöhung bei den Gaspreisen um 7 Prozent entspreche dem Beschluß vom heurigen Jahr.

Auf die ELFTE ANFRAGE von GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (ÖVP), wann die Neubestellung eines Leiters der begleitenden Kontrolle für den Neubau des AKH erfolgen werde, antwortete Vizebürgermeister MAYR, daß sie am 20. November erfolgt sei. Auf die ZUSATZFRAGE nach Zahl und Qualifikation der Bewerber, antwortete Mayr, daß der ARGE alle Bewerbungen zur Kenntnis gebracht wurden, und der neue Leiter mit Rücksicht auf seine bisherige Tätigkeit einstimmig bestellt wurde.  
(Forts.) and/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (4)

Utl.: Fragestunde

19 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Auf die ZWÖLFTE ANFRAGE von GR. HONAY (SPö) antwortete StR. HOFMANN (SPö), daß im Jahr 1984 3.629 Abstellplätze in geförderten Wohnhausanlagen sowie weitere 215 in Eigenheimen errichtet worden sind. Im ersten Halbjahr 1985 wurden 405 geförderte Abstellplätze errichtet, diese Zahl hat allerdings wenig Aussagekraft über das Volumen des gesamten Jahres.

Auf die 13. ANFRAGE von GR. Mag. KAUER (öVP) nach der künftigen Verwaltung des "Theaters im Künstlerhaus" antwortete StR. MRKVICKA (SPö), daß es aufgrund der bekannten finanziellen Schwierigkeiten der derzeitigen Betreiber, der "KOMÖDIANTEN", bereits zahlreiche Gespräche des Kulturamtes mit dem Kunstverein Wien und dem Bundestheaterverband gegeben habe. Um die geplanten Gastspiele zu ermöglichen, wurde beschlossen, daß der Kunstverein Wien das Theater im Künstlerhaus künftig selbst verwalten werde. Ob ein Konkursverfahren der Komödianten notwendig sein werde, sei derzeit noch nicht absehbar, er glaube es aber nicht, sagte Mrkvicka.

Auf die 14. ANFRAGE von GR. KÖNIG (SPö), ob bereits ein Überblick über den Erfolg der Schwerpunktaktion der Historischen Kommission zur Besatzungszeit bestehe, sagte StR. MRKVICKA, es hätten bereits 500 Tonbandinterviews mit Zeitzeugen stattgefunden, rund 3.000 Dokumente wurden zur Verfügung gestellt. Die Interviews werden fortgesetzt, die Auswertung der Ergebnisse konnte bereits in zahlreichen Ausstellungen verwendet werden.

GR. ARTHOLD (öVP) fragte, ob das Kulturamt dem Abbruch von mehreren Gebäuden im Bereich der Schutzzone und des Barockensembles in der Kirchengasse in Oberlaa zugestimmt habe. StR. Mrkvicka antwortete, das Kulturamt habe in seiner Stellungnahme die Schutzwürdigkeit des Ensembles betont und dem Abbruch nicht zugestimmt, allerdings sei aus technischen Gründen der Abbruch im Gemeinderatsausschuß für Stadtentwicklung und Stadterneuerung beschlossen worden. (Forts.) roh/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (5)

Utl.: Mitteilung Vizebürgermeister Mayr

20 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Vizebürgermeister MAYR (SPÖ) meldete sich zu einer Mitteilung zu Wort (siehe dazu eigene RK).

Zwtl.: Subvention an "Dramatisches Zentrum Wien"

GR. STRANGL (SPÖ) beantragte eine einmalige Subvention von 360.000 Schilling, die dem "Dramatischen Zentrum" zur Förderung seiner künstlerischen und kunstpädagogischen Tätigkeiten für das Jahr 1985 gewährt werden soll.

GR. PROCHASKA (ÖVP) erklärte, daß es im Dramatischen Zentrum ähnlich krasse Fehlentwicklungen gebe wie bei den Komödianten im Künstlerhaus. Einer Subvention an das Dramatische Zentrum könne seine Fraktion wegen der dubiosen finanziellen Gebarung nicht zustimmen.

GR. HANKE (SPÖ) erklärte, daß die Subventionen an das Dramatische Zentrum gegenüber den vergangenen Jahren wesentlich gekürzt worden seien. Das Dramatische Zentrum erfülle wichtige Aufgaben wie die Ausbildung des Schauspielernachwuchses. Es müsse dafür gesorgt werden, daß diese Aufgaben auch weiterhin wahrgenommen werden können.

GR. PROCHASKA (ÖVP) kritisierte in einer zweiten Wortmeldung, daß das Lehrlingstheater schon seit Jahren eingestellt sei. Es sei zu befürchten, daß die Mitglieder der SPÖ-Fraktion über das wahre Dilemma des "Dramatischen Zentrums" nicht oder nur mangelhaft informiert sind. Prochaska beantragte deshalb die Absetzung dieses Geschäftsstückes.

GR. STRANGL (SPÖ) erklärte, daß die Unterlagen zu diesem Geschäftsstück erschöpfend Auskunft über Tätigkeit und Gebarung geben und beantragte die Annahme des Geschäftsstückes.

ABSTIMMUNG: Die Absetzung des Tagesordnungspunktes wurde mit den Stimmen der SPÖ abgelehnt, das Geschäftsstück mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) lei/gg

Wiener Gemeinderat (6)

Utl.: Wohnhausanlage Taubergasse

24 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) StR. HOFMANN (SPö) beantragte die Übergabe der Bauausführung der städtischen Wohnhausanlage 17, Taubergasse/Geblergasse/Rosensteingasse an die Gemeinnützige Wohn-, Bau- und SiedlungsgesmbH. "Eigentum".

Die Stadt Wien habe dieses Grundstück von der "Eigentum" mit der Auflage erworben, die Bauaufsicht an die Genossenschaft zu übertragen.

Es sei ihm unverständlich, erklärte GR. Dr. HIRNSCHALL (FPö), daß die Bauausführung und die örtliche Bauleitung ausgerechnet an eine Gesellschaft übertragen werden, die sich in einer äußerst angespannten wirtschaftlichen und finanziellen Situation befinde. Man sei bei wiederholten Debatten über dieses Thema im Gemeinderat übereingekommen, derartige Kopplungsgeschäfte nicht zu akzeptieren.

Es handle sich bei diesem Geschäftsstück um die grundsätzliche Frage der Baudurchführung durch Genossenschaften, erklärte GR. Dr. PETRIK (ÖVP). Seine Fraktion halte es nicht für sinnvoll, bei Ankäufen von Grundstücken Architektenbindungen oder andere derartige Nebenabreden zu übernehmen. Man tue damit weder dem Bauträger, noch dem Bauausführenden, der sich in diesem Fall in finanziellen Schwierigkeiten befinde, etwas Gutes.

Stadtrat Hofmann merkte dazu an, daß eine Förderungszusage an die Genossenschaft sicherlich ein größeres Risiko gewesen wäre als die Einhaltung dieser Verpflichtung, die durch den Ankauf des Grundstückes vor Jahren eingegangen wurde.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen. (Forts.) je/rr

NNNN

Wiener Gemeinderat (7)

Utl.: Hernalser Zentrum

25 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) GR. PRAMEL (SPÖ) beantragte die Errichtung des 2. Bauteils der städtischen Wohnhausanlage Hernalser Zentrum mit 83 Wohnungen und 6 Lokalen. Das finanzielle Gesamterfordernis der Anlage beträgt 199,560 Millionen Schilling, die Baurate für das Jahr 1985 12 Millionen. Weiters beantragte GR. Pramel die treuhändige Baudurchführung der Anlage durch die Gesiba.

GR. Dr. PETRIK (ÖVP) kritisierte, daß durch dieses Gebäude der historisch gewachsene Elterleinplatz in seiner städtebaulichen Qualität gestört werde. Es wäre besser, den Punkt abzusetzen und die Planung nochmals von Experten überdenken zu lassen.

GR. Rosa HEINZ (SPÖ) wies darauf hin, daß der Bezirk seit nunmehr 25 Jahren auf das neue Zentrum warte. Neben den dringend notwendigen Wohnungen werde das Gebäude auch der Städtischen Bücherei, einer Volkshochschule und einem Kindertagesheim Platz bieten. Darüber hinaus werde auch durch die Tiefgarage die Parkplatzsituation in diesem Bereich verbessert. Das Gebäude füge sich durchaus harmonisch in die Umgebung ein.

In einer zweiten Wortmeldung sagte GR. Dr. PETRIK (ÖVP), daß er durchaus für ein Zentrum Hernalss sei, daß es ihm jedoch um eine höhere Qualität des Bauens gehe.

ABSTIMMUNG: Beide Anträge wurden mit den Stimmen der SPÖ angenommen. (Forts.) gab/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (8)

Utl.: Baurecht für Pensionistensiedlung

26 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Ing. SVOBODA (SPö) beantragte eine Baurechtsbestellung zugunsten des Komitees zur Errichtung von Pensionistenwohnheimen. Es soll in Leopoldau eine Gartensiedlung für Pensionisten entstehen, die sich der Struktur der Umgebung anpassen wird.

GR Dkfm. HOTTER (öVP) kritisierte, daß sich in der Nähe der neuen Siedlung eine Bundesstraße befinden werde. Er wandte sich außerdem grundsätzlich gegen die Baurechtsbestellung, weil ganz allgemein in der Angelegenheit des Baurechts Fragen ungelöst beziehungsweise nicht ausreichend diskutiert seien. Das reiche von der Rechtskonstruktion bis zur Vergabe. Die öVP sei bereit, an einem entsprechenden Konzept mitzuwirken.

GR Dr. SVOBODA (SPö) meinte, es sei im Stadtgebiet ganz allgemein so, daß auch Bundesstraßen in nächster Nähe zu finden seien. Zum Baurecht betonte der Gemeinderat, es gebe ein Angebot und eine Diskussionsgrundlage der SPö zu diesem Thema auch an die öVP. Es bestehe Einvernehmen zwischen den Fraktionen, daß in Zukunft andere Formen als Ersatz für das Baurecht gefunden werden sollen. Derzeit werde die Zahl der Baurechtszusagen erfaßt, die später von der neuen Bestimmung betroffen sein sollen. Die soziale Infrastruktur sei jedenfalls in der Baurechtsfrage stets außer Streit gestanden.

ABSTIMMUNG: Mit den Stimmen der SPö angenommen.

(Forts.) and/bs

NNNN

Wiener Gemeinderat (9)

Utl.: Vereinbarung Anstaltenamt - Kuratorium Psychosoziale Dienste  
27 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) GR. Dr. SWOBODA (SPö) beantragte,  
das Anstaltenamt zu ermächtigen, eine Vereinbarung mit dem  
Kuratorium für Psychosoziale Dienste abzuschließen, die dieses auch  
zur Betreuung der Spitäler ermächtigt.

GR. Dkfm. Dr. Sigrun SCHLICK (öVP) begrüßte grundsätzlich die  
Psychiatriereform und den Versuch, weg von Verwahranstalten zu  
kommen und eine "offene Psychiatrie" zu erreichen, lehnte aber die  
vorgesehene Lösung des Problems der Betreuung von Spitalspatienten  
ab. Erstens sei weder das Kuratorium, die Landesvertretung, noch  
die öVP-Fraktion im Gesundheitssausschuß ausreichend damit befaßt  
worden, um eine Diskussion zu ermöglichen, zweitens stelle die  
vorgesehene Lösung die Schaffung eines Monopols für das Kuratorium  
dar.

GR. Dr. SWOBODA (SPö) stellte dazu abschließend fest, daß mit  
diesem Beschluß die einheitliche und sichere Versorgung durch den  
psychosozialen Dienst zu Hause und im Spital gewährleistet werde.  
Diese Maßnahme ist bereits im Psychiatrieplan der Stadt Wien  
vorgesehen und müßte deshalb allgemein bekannt sein.

ABSTIMMUNG: Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.  
(Forts.) roh/gg

NNNN

Wiener Gemeinderat (10)

Utl.: Übereinkommen MA 29 - Bundesstraßen AG

28 Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) GR. VEJTISEK (SPö) beantragte die nachträgliche Genehmigung einer Verfügung, die die Magistratsabteilung 29 (Brückenbau und Grundbau) ermächtigt, ein Übereinkommen mit der Bundesstraßen AG abzuschließen.

GR Dr. Peter MAYR (ÖVP) äußerte grundsätzliche Bedenken über die Entmachtung der zuständigen Geschäftsgruppe und Abteilungen der Stadt Wien durch die Bundesstraßen AG. Die Funktion der Stadt Wien werde dadurch auf die Bauüberwachung reduziert.

GR SEVCIK (SPö) sagte dazu, die Personalunion mit dem Bautenministerium sei von Vorteil, weil dadurch unbürokratische Zusammenarbeit, höhere Flexibilität und größere Entscheidungsfähigkeit erreicht werden. Der Stadt Wien bleibe gegenüber den Beamten das Weisungsrecht erhalten.

StR. RAUTNER (SPö) ergänzte, das Bautenministerium habe durch die Aktiengesellschaft Kompetenzen abgegeben, der bürokratische Weg konnte wesentlich abgekürzt werden, wodurch die Vorstellungen der Stadt Wien besser, koordinierter und schneller durchgesetzt werden könnten und für Bauten vorgesehenes Geld auch wirklich im vorgesehenen Zeitraum zur Anwendung kommen kann.

ABSTIMMUNG: Mit Stimmenmehrheit angenommen.

Die Gemeinderatssitzung endete um 14.45 Uhr. (Schluß) roh/bs

- Ende des Sitzungsberichtes -

NNNN

Verfassungsgerichtshof hob Finanzausgleich auf

Utl.: Mayr für umfassende Neuregelung des Finanzausgleichs

21 =Wien, 22.11. (RK-KOMMUNAL) Der Verfassungsgerichtshof hat in einem jüngst veröffentlichten Urteil einer Klage der Stadtgemeinde Krems stattgegeben und den wesentlichen Bestandteil des Finanzausgleiches, den Paragraphen 8, der die Verteilung aller Gelder regelt, als verfassungswidrig aufgehoben. Wie Vizebürgermeister Hans MAYR Freitag im Wiener Gemeinderat erklärte, muß nun bis spätestens Ende September 1986 eine verfassungskonforme Regelung des Paragraphen 8 des Finanzausgleiches gefunden werden. Da auch andere Klagen über den Finanzausgleich beim Verfassungsgerichtshof anhängig sind, ist zu befürchten, so Mayr, daß über den Finanzausgleich ständig "das Schwert der Verfassungswidrigkeit" hänge. Mayr schlug vor, daß sich Bund, Länder und Gemeinden zu Verhandlungen bereitfinden, um bis September 1986 den Finanzausgleich umfassend neu zu gestalten und verfassungskonform zu machen.++++

Die Stadtgemeinde Krems hat beim Verfassungsgerichtshof Klage geführt, daß sie als Statutargemeinde keinerlei Abgeltung aus dem Finanzausgleich für die Erfüllung von Aufgaben bekommt, die in anderen Statutargemeinden von der Bundespolizei erfüllt werden. Der Verfassungsgerichtshof hat die Ansprüche der Stadt Krems anerkannt. Der Stadt Krems stehen nun rückwirkend ab 1948 finanzielle Abgeltungen für die Erfüllung bundespolizeilicher Aufgaben zu. Es gibt weitere Klagen der niederösterreichischen Gemeinde Gablitz und der vorarlbergerischen Gemeinde Wolfurt, die sich gegen die Anwendung des erhöhten Vervielfachers beim abgestuften Bevölkerungsschlüssel für die Wiener Randgemeinden richten. Klagen anderer Gemeinden fordern die Errechnung der Ertragsanteile nach den "richtigen Volkszahlen". (Schluß) sei/rr

Zilk: Reiche Ausbeute beim Besuch in Moskau

22 Wien, 22.11. (RK-WIRTSCHAFT) Bürgermeister Dr. Helmut ZILK kehrte am Donnerstag abend von seinem mehrtägigen Besuch in Moskau zurück, an dem auch Z-Generaldirektor VAK und Wirtschaftsfachleute teilgenommen hatten. Wie Zilk heute, Freitag, mitteilte, habe der Besuch der in Absprache mit der Bundesregierung erfolgte, eine reiche Ausbeute erbracht. Er betrachte die Visite als Teil einer Stadtaußenpolitik, die in Zukunft verstärkt fortgesetzt werden soll.

Mit der Moskauer Stadtverwaltung wurde eine Reihe von Vorhaben vereinbart. So wurde der Totalumbau des Hotels Bukarest in Moskau für die Firma Awstroj fixiert. Weitere Projekte auf dem Hotelsektor sind in Verhandlung. Großes Interesse fand das Anbot des Wiener Know-hows für Wohnungsverbesserungen, da auch in Moskau die Stadterneuerung forciert werden soll.

Beschlossen wurde auch die Abhaltung Wiener Wirtschaftstage im Anschluß an die österreichische nationale Ausstellung im April 1986 in Moskau. Die Moskauer Stadtverwaltung hat 19 Firmen aus einer Liste von 54 Interessenten ausgewählt, mit denen konkrete Gespräche über die Zusammenarbeit geführt werden sollen. Besonders interessiert ist man an Energiesparprojekten. Angenommen wurde auch der Vorschlag des Wiener Bürgermeisters, in Moskau ein Wiener Kaffeehaus zu errichten. Fixiert wurde weiters ein Modellprojekt zur Errichtung eines Sportzentrums in Georgien, bei dem österreichische Firmen beschäftigt werden sollen. Über einige weitere Großprojekte dauern die Verhandlungen noch an. (Schluß)  
chr/bs

NNNN